

Protokoll

über die Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 17.07.2014, 17:00 Uhr, in der Mensa der Leine-Schule, Bunsenstrasse 3, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hans-Jürgen Hayek

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Stefan Porscha

Mitglieder

Herr Harald Baumann

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Thomas Iseke

Herr Manfred Lindenmann

Herr Wilfried Müller

Herr Björn Niemeyer

Herr Otto Rönnebeck

(Vertreter für Hr. Stolte)

Lehrervertreter

Frau Elke Obermüller

Frau Maren Pauselius-Gallon

Elternvertreter

Frau Gudrun Schwarz

Herr Heinz Ziegler

Grundmandat

Herr Tobias Mundt

Verwaltungsangehörige

Herr Lars Domdey

Herr Bernd Knigge

Herr Maic Schillack

Herr Uwe Sternbeck

(Fachdienst 40, Protokoll)

(Fachdienstleiter 40)

(Dezernent 1)

(Bürgermeister)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:26 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.05.2014
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Entwicklung des Primarschulbereichs
5. Bekanntgaben
6. Anfragen

2014/057
2014/057/1
2014/057/2

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Um 17:00 Uhr eröffnet Herr Hayek die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er skizziert kurz den geplanten Ablauf der Sitzung und erläutert, dass nach der Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung zunächst eine kurze Vorstellung des neuen Dezernenten erfolgen soll. Im Anschluss an die Beratung des Tagesordnungspunktes 4 soll den Anwesenden erneut Gelegenheit eingeräumt werden, den Ausschussmitgliedern Fragen zu stellen.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.05.2014

Der Schulausschuss fasst einstimmig bei drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.05.2014 wird genehmigt.

- - -

Anschließend übergibt Herr Hayek das Wort an Herrn Schillack, den neuen Dezernenten der Stadt Neustadt a. Rbge. für Finanzen, Bildung, Soziales und allgemeine Verwaltung. Herr Schillack begrüßt ebenfalls die Anwesenden und bedankt sich für die Möglichkeit, sich hier kurz vorzustellen. Im Rahmen seiner persönlichen Vorstellung erörtert er anhand einer Powerpoint-Präsentation auch seine Auffassung einer guten Schullandschaft und betont, dass Schule auch ein Wohlfühlort sein müsse. Positiv hebt er die bisherige Kooperation zwischen allen Beteiligten hervor. Allerdings herrsche aufgrund verschiedener Faktoren Handlungsbedarf, so seien zum Beispiel die Schülerzahlen weiterhin rückläufig und hohe Investitionskosten in die Schulgebäude zu tragen. Nachnutzungskonzepte seien schwierig vorzubereiten, solange die Standortfragen noch ungeklärt sind, jedoch sind hier alle Varianten denkbar.

Abschließend wirbt er dafür, gemeinsam konstruktiv zum Wohle der Schülerinnen und Schüler an der Grundschullandschaft zu arbeiten. Die Zuschauer honorieren diesen Ansatz mit Applaus.

Herr Hayek lobt, wie schnell Herr Schillack sich in die Thematik eingearbeitet hat und weist die Ausschussmitglieder auf die als Tischvorlagen verteilten Drucksachen 2014/057/1 und 2014/057/2 hin.

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Herr Hayek eröffnet die Einwohnerfragestunde mit dem Hinweis, dass Fragen zur Entwicklung des Primarschulbereichs auch am Ende des Tagesordnungspunktes 4 gestellt werden können.

Herr Breuner aus Esperke erkundigt sich nach der Bedeutung der Differenz zwischen den Restbuchwerten der einzelnen Schulen, woraufhin Herr Schillack erklärt, dass diese Werte bei den Überlegungen für ein Nachnutzungskonzept eine Rolle spielten und bei einem möglichen Verkauf nicht unterschritten werden sollten.

Frau Kles aus Schneeren führt aus, dass ein von ihr verfasster Leserbrief nicht veröffentlicht wurde, so dass sie nun in diesem Rahmen Ihre Ansicht vertreten möchte. Die hierzu aus ihrer Sicht offenen Fragen, die diesem Protokoll in **Anlage 1** beigefügt sind, werden durch Herrn Knigge vollständig beantwortet.

Herr Steuerthal erkundigt sich, ob alle Möglichkeiten zur Förderung der kleineren Schulstandorte ausgeschöpft worden seien. Er zieht den Vergleich zur skandinavischen Bildungslandschaft, wo die kleinen Schulen laut Pisa-Studie gute Arbeit leisten. Hierauf entgegnet Herr Schillack, dass keine weiteren Förderprogramme bekannt seien und das Land eher die gegenteilige Entwicklung fördere. Er legt außerdem dar, dass im Beschlussvorschlag enthalten sei, mindestens einzügige Schulen so lange wie möglich zu erhalten.

Frau Brüning aus Mardorf erklärt ihre Entrüstung darüber, dass vermeintlich einzig das Vorhandensein einer Sporthalle zur Festlegung eines Schulstandortes ausreiche. Herr Sternbeck erwidert hierauf, dass er ebenfalls wahrgenommen habe, dass viele dies so aufgefasst hätten, es letztlich aber keinesfalls alleiniges Entscheidungskriterium war. So habe beispielsweise auch die Vakanz der Schulleitungsstelle eine entscheidende Rolle gespielt, da diese durch die Landesschulbehörde nicht ausgeschrieben werde. Frau Brüning betont, dass die Vakanz einer Stelle kein Argument gegen einen Schulstandort sein dürfe, woraufhin Beifall bekundet wird. Herr Hayek legt beispielhaft dar, dass von zehn aktuell ausgeschriebenen Schulleitungsstellen acht erneute Ausschreibungen darstellen, da sich kein Bewerber gefunden habe.

Frau Burow aus Mardorf bedauert die Aussage der Landesschulbehörde, wonach die Schulleitungsstelle in Mardorf gar nicht ausgeschrieben wurde. Zudem regt sie eine separate Prüfung der Bausubstanz an, um über den zukünftigen Standort einer gemeinsamen Grundschule Mardorf/Schneeren entscheiden zu können. Sie verleiht außerdem ihrer Sorge Ausdruck, dass die gemeinsame Schule nur eine provisorische Lösung sei und man in vier Jahren erneut über eine Schulzusammenlegung nachdenke. Es brauche endlich ein zukunftsträchtiges Konzept.

Frau Luft aus Helstorf überreicht dem Schulausschuss einen zweiseitigen Fragenkatalog, der diesem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt ist, sowie eine Unterschriftenliste zum Erhalt des Standortes Helstorf.

Frau Heilmann gibt zu bedenken, dass die pädagogischen Konzepte und Zertifizierungen einer Schule standortgebunden sind und somit nicht übertragen werden können. Herr Schillack ist der Ansicht, dass Ideen und Konzepte jedoch auch an anderen Orten umsetzbar seien, woraufhin Applaus bekundet wird.

Auf die Frage, wie der Schülertransport zukünftig organisiert werden wird, antwortet Herr Hayek, dass die Region Hannover als Träger der Schüler-

beförderung verpflichtet ist, entsprechend der Schulbezirke und der Unterrichtsbeginnzeiten die Schülerbeförderung zu gewährleisten. Herr Breuner aus Esperke kritisiert, dass die derzeitigen Busverbindungen keinesfalls ausreichen würden. Im Gutachten des IfpB hieß es lapidar, Helstorf verfüge über eine gute Anbindung, ohne dass dies im Detail weiter ausgeführt wurde.

Herr Hayek erklärt, dass die Region Hannover und die Stadt Neustadt a. Rbge. hier Lösungen finden werden und betont, dass die vorgeschriebenen Fahrzeiten eingehalten würden. Um 17:50 Uhr schließt Herr Hayek die Einwohnerfragestunde.

4. Entwicklung des Primarschulbereichs

**2014/057
2014/057/1
2014/057/2**

Herr Schillack erläutert zunächst die Beschlussvorlage 2014/057, damit alle Anwesenden auf dem gleichen Kenntnisstand sind. Herr Hayek erklärt, dass zunächst über den Änderungsantrag der CDU entschieden werden soll.

Herr Porscha verliest den entsprechenden Antrag, der als Anlage der Drucksache 2014/057/2 bekannt gegeben wurde, woraufhin Beifall bekundet wird. Er betont, dass es keine landespolitischen Vorgaben oder Untergrenzen zum Schulbetrieb gebe und fragt, warum man ohne landespolitischen Druck überhaupt tätig werden solle. Es könne auch nicht wissenschaftlich belegt werden, ob kleine oder große Klassen bzw. Schulen besser für die Bildung der Grundschul Kinder seien, daher sollen einzügige Schulen erhalten bleiben. Neustadt a. Rbge. verfüge über zehn starke ländliche Grundschulen, die so lange gefördert werden sollen wie möglich. Die Zuschauer zollen Beifall.

Herr Müller erklärt die Ablehnung des CDU-Antrages seitens der SPD-Fraktion. Er habe das Gefühl, dass man zwar seit 2,5 Jahren intensive Gespräche über die Thematik geführt habe, in der Sache jedoch aneinander vorbeigeredet habe. Ziel der SPD sei es, eine optimale Bildungslandschaft für Grundschul Kinder zu schaffen. Klar sei seiner Auffassung nach auch, dass eine ideale Schule ein Kollegium benötigt, das über mehr als 2,5 Lehrerstellen verfüge. Es sei nicht optimal, dass viele Fächer von fachfremden Lehrern unterrichtet werden, insofern seien größere Schulen im Vorteil. Auch die detaillierte Ausarbeitung des Kerncurriculums sei in größeren Schulen besser möglich. In kleinen, einzügigen Schulen sei dies noch gerade so möglich, in nicht mehr einzügigen Schulen hingegen nicht. Herr Müller zieht den Vergleich zur Medizin, so gehe er doch auch nicht zu einem Urologen, wenn er Knieprobleme habe, sondern entsprechend zum Spezialisten. Seiner Ansicht nach müsse ein Lehrer nicht alles wissen. Zudem sei der Antrag der CDU-Fraktion widersprüchlich, da weder in Mardorf noch in Schneeren derzeit eine Einzügigkeit gegeben sei.

Herr Lindenmann erklärt, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen einen ähnlichen Standpunkt wie die SPD-Fraktion vertrete. Sicherlich, betont er zunächst, gäbe es grundsätzlich sowohl bessere Grundschulen unter den kleinen Grundschulen, als auch schlechtere Grundschulen unter den großen Grundschulen. Dennoch müssen bei der Planung der Grundschullandschaft auch personalpolitische und wirtschaftliche Überlegungen eine

Rolle spielen. Er bedauert, dass die Schulleitungsstellen für die Bewerber nicht attraktiv seien und legt dies ausführlich dar. Auch das Kontingent an Lehrerstunden sei besonders in Sachen Inklusion nicht ausreichend. Aufgrund der wenigen zugewiesenen Lehrerstunden verfügen kleinere Grundschulen über eine schlechte Versorgung. Viele Lehrer haben seiner Kenntnis nach bereits Versetzungsanträge gestellt. Er weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Hannover derzeit sogar neue Schulen baut und entsprechend Lehramtsanwärter suche und einstelle. Bei der Bewerberauswahl würden die Anwärter mit weniger guten Noten abgelehnt und die Schlüsse hieraus könne jeder für sich selbst ziehen. Auch die Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeitern und Hausmeistern sei nicht unproblematisch. Eine Fortbildung von zwei Lehrkräften, die durchaus im Interesse der Schule sein sollte, würde an einer kleinen Schule sofort zu Unterrichtsausfall führen. Eine Schule mit einem größeren Kollegium könnte diesen Ausfall besser kompensieren und die Unterrichtsversorgung gewährleisten.

Wichtig für die Diskussion sei, dass die Landesschulbehörde frühzeitig eingebunden werde.

Abschließend stellt Herr Lindenmann rhetorisch die Frage, ob man, dem Antrag der CDU-Fraktion zufolge, nun auch beispielsweise die Grundschulen in Suttorf und Niedernstöcken wieder einführen solle.

Herr Mundt legt dar, dass die UWG dem Antrag der CDU folgt. Er erklärt, kein Bildungsexperte zu sein, da Bildung im Bereich der Landespolitik beheimatet sei. Eine Beurteilung pädagogischer Konzepte wolle er daher nicht vornehmen. Er greift die Äußerung von Herrn Schillack auf, der eine „Vision Bildung“ entwickeln wolle und fragt, ob dies Sache des Schulträgers oder doch eher des Kultusministeriums sei. Seiner Auffassung nach sei es Aufgabe des Schulträgers, evtl. Missstände zu beheben. Ihm ist allerdings nicht bekannt, dass es Probleme an den kleinen Schulen gebe. Hierauf wird Applaus bekundet. Er sehe sich dem Elternwillen verpflichtet und würde erst tätig werden, wenn der Elternwille entstehe, etwas Neues zu entwickeln. Herr Mundt kritisiert die Relation zwischen den Unterhaltungskosten der Schulen und dem Gesamtvolumen des Haushaltes der Stadt Neustadt a. Rbge. Bei 1,1 Millionen Euro handele es sich um einen Bruchteil des Gesamtvolumens, der eher zu vernachlässigen sei. Die Kosten pro Schüler lägen so bei etwa 700 Euro. Fraglich sei, ob dieser Betrag zu hoch sei, was er aus Sicht der UWG klar verneinen wolle. Auch bei einer zukünftigen Berücksichtigung des demografischen Wandels steige der Betrag lediglich auf 900 Euro pro Schüler und Jahr, was seiner Ansicht nach immer noch vertretbar sei.

Herr Ziegler bedauert, dass die Schüler infolge der Debatte momentan zur Argumentationsmasse werden. Er ist der Ansicht, dass in einigen Schulen gute Arbeit geleistet wird und betont, dass es auf weiterführenden Schulen deutlich schwerer zu bestehen sei und man die Kinder keinesfalls leiden lassen dürfe. Seiner Vorstellung entspräche es, Grundschulzentren zu schaffen, die über Kinderhorte und ausreichend gute Lehrer verfügen. Er lobt das Konzept der weiterführenden Schulen, die Inklusionskinder auf eine Schule zu konzentrieren, um so die Förderstunden zu bündeln. Er greift die Äußerung des Herrn Mundt auf und erklärt, dass 700 Euro pro Kind pro Jahr nicht zu viel, sondern eher deutlich zu wenig seien. Allerdings, so müsse er Herrn Mundt widersprechen, sollte man die Bildungsqualität keinesfalls anderen überlassen.

Frau Pauselius-Gallon befürwortet eine Kooperation zwischen den kleineren Grundschulen. Sie legt dar, dass die Arbeit an Schulen mit 2,5 Lehrern sehr anstrengend sei. Insbesondere seien die Bedingungen dann nicht gut und keineswegs nachhaltig oder zukunftsfähig. Daher unterstützen die Lehrervertreter die Absicht, kleine Schulen zusammenzulegen. Allerdings sind sie der Auffassung, dass kein Automatismus festgelegt werden solle und halten auch eine Mindestschülerzahl für bedenklich. Hierfür wurde Beifall gezollt. Frau Pauselius-Gallon erklärt, dass es sinnvoll sei, eine Zweizügigkeit anzustreben, allerdings sollte einzelfallabhängig geprüft werden, wie diese erreicht werden kann. Beispielhaft nannte sie hier die Grundschule Mandelsloh/Helstorf, die sich auf einem guten Weg befände. Hier bestand freiwillig eine Einigung über die Zusammenlegung. Sie erläutert, dass drei Phasen entscheiden für Schulzusammenlegungen sind. In der ersten Phase ist die Zusammenarbeit der Lehrer durch gemeinsame Konferenzen und Fachkonferenzen anzustreben, damit die Kollegien sich untereinander kennenlernen. In der zweiten Phase, beispielsweise im Schuljahr 2015/2016, sollen die neuen Erstklässler an einem gemeinsamen Standort eingeschult werden. In der dritten Phase könnte dann die endgültige Zusammenlegung erfolgen. Sie zeigt sich besorgt, dass der gesetzte Zeitrahmen möglicherweise zu kurz sein könnte, da besonders die Phase des Zusammenwachsens im Kollegium eine immanent wichtige Phase darstellt. Eine Begleitung des Prozesses, beispielsweise durch Moderation von außen bzw. Supervision könnte sich als hilfreich erweisen.

Herr Iseke vertritt die Ansicht, dass hier eine Diskussion ohne Not geführt wird. Er werde daher für den Antrag der CDU stimmen.

Herr Hayek bittet, nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, um Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 2014/057. Dieser wird bei acht Nein-Stimmen, vier Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Sodann wird über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, veröffentlicht als Anlage zur Drucksache 2014/057/1, beraten. Nach einer kurzen Wiedergabe der wesentlichen Änderungen im Vergleich zur Drucksache 2014/057, die die Verwaltung erarbeitet hat, wird dem Schulausschuss Gelegenheit zur Aussprache gegeben.

Herr Niemeyer erklärt, dass bereits lange über die Thematik diskutiert wurde, bislang jedoch ergebnislos. Er sei von dem Antrag der SPD keineswegs überzeugt, da dieser zu einer massiven Unzufriedenheit der Betroffenen führen würde. Insbesondere die Mindestschülerzahl würde dafür sorgen, dass Schulen die bereits in einem Jahr von weniger als 60 Schülern besucht wird, um ihre Existenz bangen müsse und ein Nachnutzungskonzept erstellt werde. Ein Beschluss nach SPD-Willen würde zu wenig Planungssicherheit für die Lehrkräfte geben und wie ein Damoklesschwert über deren Köpfen schweben. Es dürfe daher keine Überraschung darstellen, dass seine Fraktion den Vorschlag der SPD ablehnen werde. Dass Grundschulen nach Ansicht der Ratsmehrheit mindestens zweizügig geführt werden sollen, sei schon bekannt geworden, so dass eine Beschlussfassung laut Vorschlag nur eine Übergangslösung darstellen würde. Es wird Applaus bekundet. In Konsequenz aus dem Beschluss würden vermutlich die meisten der Neustädter Grundschulen geschlossen werden. Die Unsicherheit müsse ein Ende haben, es sei an der Zeit, den Schulen Sicherheit zu geben und sich für die geleistete Arbeit zu bedanken. Es

wird erneut Applaus bekundet.

Herr Schillack betont, dass das Verfahren nicht mehr endlos hinausgezögert werden kann. Ein Nachnutzungskonzept aufzustellen ist eine komplexe Aufgabe, die vor allem nicht ohne Hilfe der Ortsbürgermeister und Ortsbürgermeisterinnen zu leisten sei.

Frau Bertram-Kühn lädt Herrn Schillack daraufhin zum Besuch der Sitzung des Ortsrates Helstorf am 24.07.2014 ein.

Herr Lindenmann betont, dass es wichtig ist, frühzeitig ins Gespräch zu kommen. Um den Erhalt eines Gebäudes zu bestimmen, müssen beide Standorte überprüft werden.

Herr Iseke betont, dass Schule als Infrastrukturangebot vorhanden sein sollte, um neue Einwohner zu gewinnen und Dörfer attraktiver zu machen. So könne man sich spätere Investitionen bei Leerstand sparen. Es wird Applaus bekundet.

Frau Pauselius-Gallon fasst ihren Standpunkt zusammen und betont die Wichtigkeit des Zusammenwachsens der Kollegien.

Herr Müller erklärt, dass ein Automatismus aufgrund der Geburtenprognosen schnell und objektiv nachvollziehbar wäre. Mit dem Einsatz des Automatismus würde man Ärger und Emotionen auf ein Minimum reduzieren können. Manche Äußerungen, die im Zuge des laufenden Verfahrens getätigt wurden, möchte er nicht nochmal erleben, da teilweise unfair argumentiert wurde. Weiterhin würde so ein transparenter Zeitplan geschaffen werden, der allen Beteiligten Klarheit und Planungssicherheit verschafft.

Herr Hayek entkräftet die Sorge der permanenten Klassenwechsel mit dem Argument, dass in Kombiklassen und Eingangsstufen in jedem Jahr neue Schüler hinzukommen und andere die Klasse verlassen. Folglich wäre es vermutlich sogar sinnvoller, die Schulen zu Beginn eines Schuljahres komplett zusammen zu legen.

Daraufhin fasst der Schulausschuss mit acht Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Die Stadt Neustadt a. Rbge. strebt zukünftig an, die Primarschulversorgung in mindestens zweizügigen Grundschulen zu gewährleisten. Übergangsweise können die einzügigen Grundschulen weitergeführt werden, solange sie 60 Schülerinnen und Schüler haben.
2. Die Grundschulen Mandelsloh/Helstorf, Hagen und Otternhagen werden Schwerpunktschulen für den Unterstützungsbedarf körperliche und motorische Entwicklung im ländlichen Raum. Dazu wird der Bürgermeister beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten.
3. Die Grundschulen Mardorf/Schneeren werden mit Ablauf des Schuljahres 2016/17 zu einer Schule zusammengelegt. Zum Schul-

jahr 2015/16 werden die Erstklässler aus den beiden bisherigen Schulbezirken an einem der beiden Standorte Mardorf oder Schneeren eingeschult. Im folgenden Schuljahr 2016/17 wird wiederum die Einschulung in dem gemeinsamen Standort erfolgen, verbunden mit dem Wechsel der noch in den getrennten Standorten verbliebenen Klassen.

Die Festlegung auf einen Standort bedarf einer eingehenden Prüfung und Beratung im Schulausschuss mit Unterstützung der Bauverwaltung. Zu prüfen sind die räumlichen Folgekosten unter Berücksichtigung des Raumkonzeptes der Schule, notwendiger Investitionen sowie der Fahrzeiten und Kosten der Schülerbeförderung. Nach der Festlegung ist unmittelbar ein Nachnutzungskonzept unter Einbeziehung der örtlichen Gremien und Vereine zu erarbeiten.

4. Die Außenstelle Helstorf wird mit Ablauf des Schuljahres 2016/17 aufgehoben. Zum Schuljahrgang 2015/16 werden die Erstklässler gemeinsam an einem der beiden Standorte eingeschult. Im Schuljahr 2016/17 wird wiederum die Einschulung in Mandelsloh/Helstorf erfolgen. Im Schuljahr 2017/18 werden alle Schülerinnen und Schüler an einem Standort unterrichtet. Dementsprechend wird die Verlängerung der Außenstelle Helstorf bis zum 31.7.2017 beantragt.

Die Festlegung auf einen Standort bedarf einer eingehenden Prüfung und Beratung im Schulausschuss mit Unterstützung der Bauverwaltung. Zu prüfen sind die räumlichen Folgekosten unter Berücksichtigung des Raumkonzeptes der Schule, notwendiger Investitionen sowie der Fahrzeiten und Kosten der Schülerbeförderung und die Möglichkeiten einer Nachnutzung des aufzugebenen Standortes.

5. Die Grundschule Eilvese wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Wenn die Gesamtschülerzahl 60 innerhalb zweier aufeinander folgender Schuljahre unterschritten wird, ist die Schule aufzuheben. Sie wird dem Schulbezirk der Grundschule Hagen zugeordnet.
6. Die Grundschule Mariensee wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Sobald die Gesamtschülerzahl 60 innerhalb zweier aufeinander folgender Schuljahre unterschritten wird, ist die Schule aufzuheben. Der Schulbezirk wird zukünftig perspektivisch der Grundschule Hagen und/oder einer Grundschule in der Kernstadt zugeordnet.
7. Die Grundschule Poggenhagen wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Sobald die Gesamtschülerzahl 60 innerhalb zweier aufeinander folgender Schuljahre unterschritten wird, ist die Schule aufzuheben. Der Schulbezirk wird perspektivisch der Kernstadt zugeordnet.
8. Die Grundschule Bordenau wird bis auf weiteres bestehen bleiben. Sobald die Gesamtschülerzahl 60 innerhalb zweier aufeinander folgender Schuljahre unterschritten wird, ist die Schule aufzuheben. Der Schulbezirk wird perspektivisch der Kernstadt zugeordnet.

9. Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Änderungen der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke für den Primarbereich der Schulen rechtzeitig zu veranlassen.
10. Der Bürgermeister wird beauftragt, im ersten Jahr der Unterschreitung der Gesamtschülerzahl 60 eine Nachnutzungsmöglichkeit zu untersuchen und den städtischen Organen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

- - -

Herr Hayek eröffnet im Anschluss erneut die Einwohner-Fragestunde.

Frau Diers ist der Ansicht, dass dieser Beschluss ohne Not gefasst wurde und hinterfragt, wer hierbei einen Vorteil durch den gefassten Beschluss habe. Herr Steuernthal verweist auf die im Jahr 2016 anstehenden Wahlen und ergänzt die rhetorische Frage, ob der gefasste Beschluss so richtig war. Frau Luft bedauert den gefassten Beschluss und bezieht sich auf den Beschluss des Rates vom 13.12.2012, wonach mit der Beantragung der Zusammenlegung der Grundschulen Mandelsloh und Helstorf keine Vorentscheidung für einen späteren Standort gefallen sei.

Herr Sternbeck entgegnet, dass die Hintergründe und die Notwendigkeit des Handelns bereits in den Drucksachen hinreichend thematisiert worden seien. Trotz Verständnis für Interesse und Motivation der Bürger habe man keine Alternative, da die Landesschulbehörde keine ewige Kooperation mit zwei Standorten genehmigen würde. Auch gäbe es Schwierigkeiten, die pädagogische Versorgung durch das Land zu gewährleisten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Inklusion ist es nicht leistbar, alle vorhandenen Schulen bis 2018 vollinklusiv auszustatten.

Frau Kles legt dar, dass sie um eine professionelle Auseinandersetzung mit der Kooperation zwischen Mardorf und Schneeren bemüht sei. Ein gegenseitiges Zerfleischen sei nicht im Interesse beider Parteien. Sie räumt ein, dass die Führung von zwei Schulstandorten mit je nur 2,5 Lehrern problematisch sei, lobt allerdings die Einsatzbereitschaft von Frau Pegenhorst, die ihre Schule sprichwörtlich lebt. Mit einer Betreuung durch die Landesschulbehörde kann es gelingen, eine Kooperation einzuleiten, wenn die Standortfrage nicht als zentraler Punkt sofort geklärt werden müsse. Ein Austausch zwischen allen Beteiligten sei wichtig, so müssten sich Schulen und Ortsräte zusammensetzen. Eine Feindschaft gehe ausschließlich zu Lasten der betroffenen Kinder. Diese Worte werden von Applaus begleitet.

Frau Baum aus Mardorf kritisiert, dass dieser Beschluss nicht zur Beruhigung der betroffenen Eltern beitragen könne. Weiterhin würden viele Eltern ihre Kinder nach Rehburg schicken. Eine langfristige Sicherung für 10 bis 15 Jahre wäre trotz Festlegung einer Mindestschülerzahl im Interesse aller, da nur so für Planungssicherheit gesorgt sei.

Frau Burow betont, dass die Zusammenarbeit mit den Eltern aus Schneeren immer gut funktioniert habe. Wichtig für eine zukünftige Kooperation sei vor allem eine frühzeitige Einbindung aller Beteiligten. Wäre dies früher geschehen, hätte die Kooperation bereits vor zwei Jahren starten können.

Es wird Applaus bekundet.

Mangels weiterer Wortmeldungen schließt Herr Hayek die Einwohner-Fragestunde um 19:21 Uhr.

Die Thematik soll nun in den Ortsräten behandelt werden. Anschließend wird zu einer erneuten Sitzung des Schulausschusses geladen, bei der dann die Beschlussfassung für Verwaltungsausschuss und Rat vorbereitet werden soll.

5. Bekanntgaben

Herr Schillack teilt mit, dass eine weitere Sitzung des Schulausschusses im Oktober stattfinden soll, wenn alle Ortsräte Gelegenheit hatten, über die Drucksache 2014/057 und deren Folge-Drucksachen zu beraten.

Er gibt außerdem bekannt, dass das Förderprogramm „Profilierung Hauptschule“ zur Schulsozialarbeit voraussichtlich fortgesetzt wird, wohingegen über das „Bildungs- und Teilhabepaket“ derzeit keine belastbaren Erkenntnisse vorliegen.

Weiterhin verliest er die Mitteilung der Landesschulbehörde an Frau Petra Ludwigs, wonach die Beauftragung dieser zur Wahrnehmung der Aufgaben der kommissarischen Schulleitung in der Grundschule Bordenau bis auf weiteres verlängert wird.

6. Anfragen

Frau Bertram-Kühn fragt an, ob die von der Drucksache betroffenen Schulen durch den Schulausschuss noch aufgesucht werden, um sich vor Ort ein Bild der Schulen zu verschaffen und die Gebäude beurteilen zu können.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 07.08.2014